

„Operation am offenen Herzen“

Aus Unzufriedenheit über die Linke gründen Hartz-IV-Empfänger parteiinterne Gruppe

Von Daniel Brössler

Berlin – Wer innerhalb der Linkspartei einem Gegner wirklich schaden will, kann ihn wahlweise als Neoliberalen beschimpfen, ihn des Militarismus bezichtigen – oder aber behaupten, er sei ein Verfechter von Hartz IV. Der Widerstand gegen die einst von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachten Arbeitsmarktgesetze gehört zum Geburtsmythos der Partei. Ohne die Kampagne gegen die Hartz-Gesetze wären weder die Gründung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) noch der Erfolg bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 oder die Fusion zu einer gesamtdeutschen Linkspartei möglich gewesen. „Das Thema Hartz IV ist für Die Linke kein beliebiges Politikfeld“, warnen Exponenten des linken Flügels in der Partei in einem vom Linksaußen-Blatt *Junge Welt* veröffentlichten Papier. „Wer sich in offene Konfrontation mit maßgeblichen Kräften der Bewegung gegen die Hartz-IV-Politik begibt, operiert sozusagen am offenen Herzen der neuen Partei der Linken“, heißt es darin.

In der Tat hat es ausgerechnet die Linkspartei nun mit einer Art Aufstand der Hartz-IV-Empfänger zu tun. Sie haben sich in einer parteiinternen Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV zusammengeschlossen, der bereits mehr als 500 Mitglieder angehören sollen. Mehr als 20 solch innerparteiliche Zusammenschlüsse gibt es bei den Linken, am bekanntesten außerhalb der Partei ist die Kommunistische Plattform. Die Hartz-IV-Arbeitsgemeinschaft habe nun „das Zeug dazu, zum größten innerparteilichen Zu-

sammenschluss“ zu werden, prophezeit Werner Schulten, einer der Initiatoren der Gruppe. „Wir hatten den Eindruck, dass sich die Partei ein bisschen wegbeugt von ihrer Ursprungsidee“, erläutert er die Motive für die Neugründung. Es müssten daher nun „Akzente gesetzt“ werden.

Den Unmut des 62 Jahre alten arbeitslosen Berliners hat vor allem ein Papier erregt, das die Linksfraktion im Bundestag Ende Januar beschlossen hat. Es trägt den etwas technischen Titel „Vor-

„Das Positionspapier ist für die Linke nicht akzeptabel.“

Hartz-IV-Aktivist Werner Schulten

schläge für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung“ und soll die Parole „Hartz IV muss weg“ konkretisieren. In dem Papier geht es um eine Mindestsicherung von Kindern und Jugendlichen, um Wohnkosten und andere Einzelheiten der Hilfe für Arbeitslose. Der Regelsatz müsse umgehend auf 435 Euro für Alleinstehende angehoben werden, wird gefordert. Zu wenig, wie einige finden.

Seine Kritik aber sei viel grundsätzlicherer Natur, erläutert Schulten. „Vom Grundsatz her ist dieses Positionspapier für die Linke nicht akzeptabel“, moniert er, denn „mit der gesamten Hartz IV-Logik wird nicht gebrochen“. In dem wesentlich von WASG-Mitbegründer Klaus Ernst geprägten Papier nämlich findet sich der Satz: „Am Vorrang der Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit wird fest-

gehalten.“ Da werde „der Arbeitsbegriff nach wie vor ausschließlich über Erwerbsarbeit definiert“, moniert Schulten.

Ernst fühlt sich zu Unrecht angegriffen. „Das ist blanker Unsinn“, sagt er zum Vorwurf, er verfechte „Hartz IV light“. So sehe die von der Fraktion beschlossene Konzeption eine Mindestsicherung vor, die Betroffene nicht zwingen, ihr gesamtes Sparvermögen aufzubrauchen. „Mit Hartz IV hat das nichts mehr zu tun“, betont er. In Wahrheit gehe es um einen Grundsatzkonflikt mit den Verfechtern eines bedingungslosen Grundeinkommens in der Partei. „Ich lehne eine Wahlfreiheit ab, ob man arbeiten oder sich alimentieren lassen will“, stellt Ernst klar.

„Es ist doch immer gut, wenn Leute mit unterschiedlichen Meinungen miteinander darum ringen, das Beste für die Bürger zu entwickeln“, kommentiert Kornelia Möller, die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, den Konflikt. Sie begrüße, dass dies in der Linkspartei möglich sei. Als innerparteiliche Opposition sei die neue Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV aber nicht zu verstehen. Wie bei ähnlichen Zusammenschlüssen auf Landesebene gehe es nicht zuletzt um die Vernetzung von Betroffenen und Beratern.

Schulten freilich will mehr. „Unser erstes Ziel ist es, im Entwurf für das Wahlkampfprogramm Formulierungen für eine linke Grundsicherung durchzusetzen“, sagt er. Am Samstag berät der Linken-Vorstand über einen ersten Entwurf des Programms. Dass Hartz IV weg muss, wird drin stehen.